Antrag

der Fraktion der CDU

Sicherstellung des Beteiligungsverfahrens in Vorbereitung der 9. Trilateralen Wattenmeerkonferenz in Esbjerg

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemäß der Stader Erklärung vom 22.10.1997 dafür Sorge zu tragen, dass im Vorfeld der 9. Trilateralen Wattenmeerkonferenz in Esbjerg:

- Eine frühzeitige Einbindung der relevanten Behörden, Gemeinden, Kreise, Interessenverbände und der ortsansässigen Bevölkerung, die maßgeblich den Erfolg der Umsetzung des Wattenmeerplanes und die Verwirklichung der Politik und der Maßnahmen beitragen erfolgt.
- Die zuständigen Landesbehörden ihren partnerschaftlichen Dialog mit allen Betroffenen intensivieren, um die Akzeptanz zu verbessern; dazu gehört auch die umfassende Information der ortsansässigen Bevölkerung in deutscher Sprache.
- Über ein Beteiligungsverfahren die Bewohner, Nutzer und anderen Betroffenen aufgefordert werden, ihre Ideen und Beiträge zur Verwirklichung der gemeinsamen Ziele einzubringen.
- Die örtliche Bevölkerung und die örtlichen Gemeinwesen (Städte, Ämter, Gemeinden und Kreise) aktiv an der Ausarbeitung von Vorschlägen beteiligt werden, die auf der 9. Trilateralen Wattenmeerkonferenz berücksichtigt werden. Hierzu ist ein Informations- und Gedankenaustausch mit allen an der Umsetzung des Wattenmeerplanes beteiligten Betroffenen zwingend erforderlich.
- Dem Landtag frühzeitig die Überprüfung und sorgfältige Bewertung des Standes der Umsetzung des Wattenmeerplanes mitgeteilt wird; dieser Bericht soll darüber hinaus über die konkreten Fristen bzw. den Zeitplan informieren.

Herlich Marie Todsen-Reese

Heinz Maurus